



DEMOKRATIE IN DER SCHULE.

MITWIRKEN, ENTSCHEIDEN, GESTALTEN



ZEIT FÜR DIE SCHULE

Unterstützt von



DEMOKRATIE IN DER SCHULE.

MITWIRKEN, ENTSCHEIDEN, GESTALTEN

MARINA WEISBAND



»DEMOKRATIE MUSS MAN NICHT NUR WOLLEN – MAN MUSS SIE AUCH KÖNNEN.«

EINFÜHRUNG

Partizipation, Selbstwirksamkeitserfahrungen und Mündigkeit der Schüler*innen sollten wichtige Punkte im Schulalltag sein. Leider hat allzu oft die Schülerschaft nur sehr wenig Mitspracherecht bei den Belangen des Schulalltags. Das verstärkt das Gefühl der Hilflosigkeit.

In der Psychologie spricht man von dem Phänomen der »erlernten Hilflosigkeit«. Konkret bedeutet es, dass selbst wenn einem die Möglichkeit der Einflussnahme gegeben wird, die Person weder die Fähigkeit noch die Motivation hat, irgendetwas zu ändern.

Woher kommt diese erlernte Hilflosigkeit, und wie können wir sie bekämpfen?

Demokratiebildung wird häufig verstanden als Aufklärung über demokratische Werte wie Toleranz und die Akzeptanz des Staates und der freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Doch theoretische Aufklärung hilft nur begrenzt gegen Rassismus, Antisemitismus und Menschenfeindlichkeit. Diesen Phänomenen liegt ein Mangel an Selbstwirksamkeit zugrunde, eine Neigung, sich selbst als Opfer zu begreifen. Demokratiebildung muss an die Wurzel gehen. Sie muss eine Lebensumwelt schaffen, die Jugendlichen jeden Tag zeigt, dass sie nicht Opfer ihrer Gesellschaft sind, nicht bloße Konsumenten, sondern ihre Gestalter. Menschen, die sich in der Opferrolle wahrnehmen, suchen nach Schuldigen für ihre Ohnmacht. So entstehen neue Feindbilder, die oft auf tradierten Feindbildern aufbauen.

Der Beschluss der Kultusministerkonferenz besagt, dass Schule Kinder zu mündigen Bürger*innen machen soll. Kinder sollen lernen, sich ein Bild ihrer Gesellschaft zu machen, sich Ziele zu setzen, diese zu verfolgen, Mehrheiten zu finden, auf Minderheiten zu achten, sich zu organisieren, Kompromisse zu schließen und Projekte selbstständig zu verwirklichen.

EINFÜHRUNG

Doch wo finden wir diese Möglichkeiten für Schüler*innen an den Schulen? Mit Sicherheit engagieren sich sehr viele Lehrer*innen mit großem persönlichem Einsatz, um Gestaltungsräume für die Schülerschaft zu schaffen, doch im Regelschulbetrieb gibt es keine verbindliche Schülerpartizipation. Der Beteiligungsprozess der Schüler geht meist nicht über die Schüler*innenvertretung hinaus. Doch es braucht mehr, um sich als Schüler*in mündig zu fühlen innerhalb des Schulkosmos.

Schule ist per se ein relativ fremdbestimmter Ort. Die Schüler*innen müssen zu einer bestimmten Zeit erscheinen, haben einen klar definierten Stundenplan, den es zu befolgen gilt, und am Ende steht das Zeugnis mit der Beurteilung der erbrachten Leistungen. Vieles davon sind Notwendigkeiten im Schulalltag, doch manches ist Tradition. Dies sollten wir erkennen und zumindest hinterfragen.

Deshalb sollte man sich die Frage stellen: »Welche Elemente unseres Alltagslebens bereiten unsere Schüler*innen darauf vor, selbstständige Demokrat*innen zu sein? Oder sich kommunal, sozial oder politisch zu engagieren?«

Schule kann im schlimmsten Fall dazu führen, das sich die Schüler*innen hilflos diesem System ausgeliefert fühlen, erlernte Hilflosigkeit wird so aktiv verstärkt. Dabei soll das Gegenteil passieren, sie sollte Selbstwirksamkeit stärken. Selbstwirksamkeit ist die Erwartung, dass sich etwas in der Welt verändert, wenn ich handle. Dass sich meine Umgebung, mein Leben, mein Alltag durch meine Mühe und Arbeit gestalten lassen.

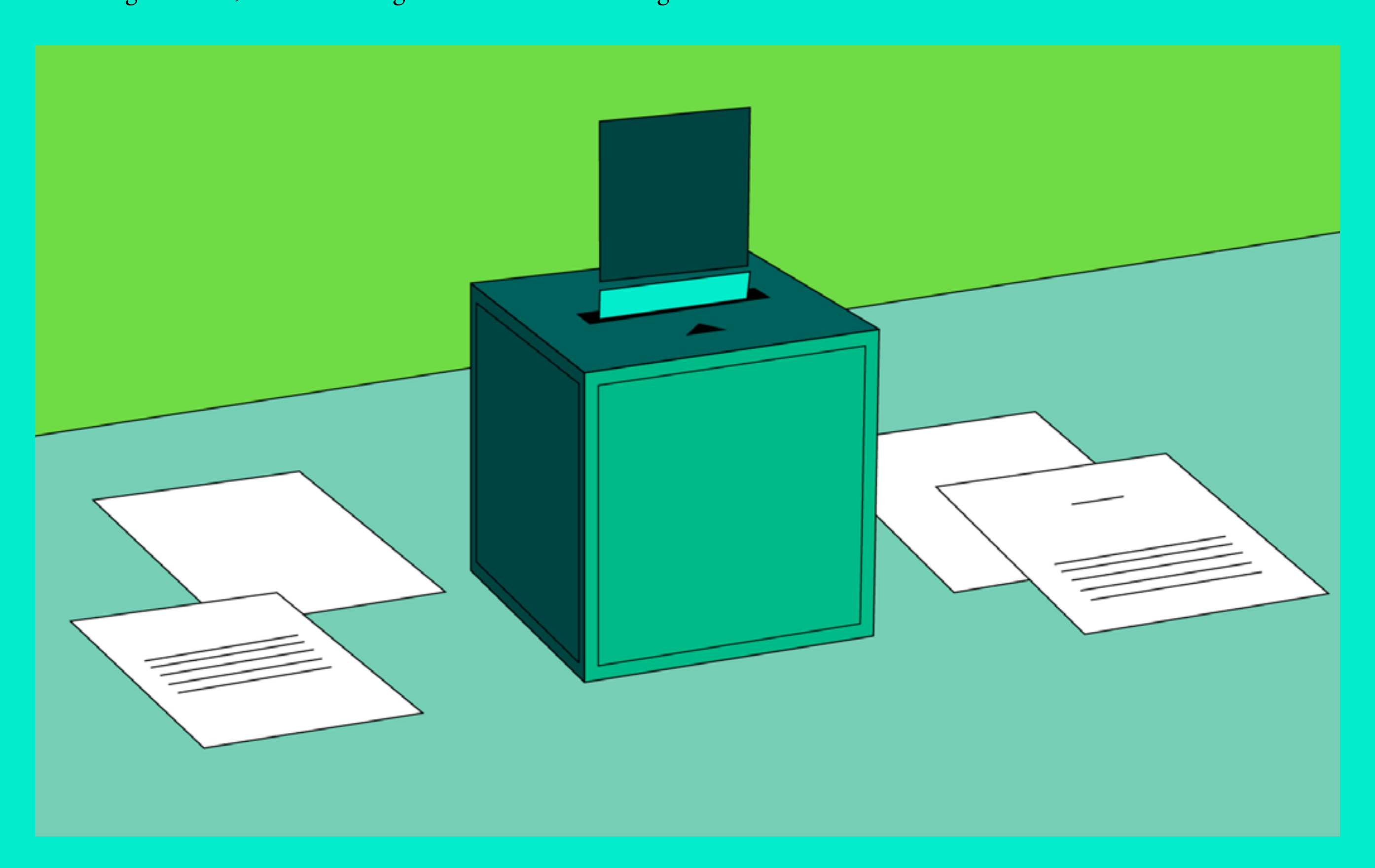
Selbstwirksamkeit ist der Schlüssel, um Verantwortung zu übernehmen. Nicht auf Populismus hereinzufallen. Sich als Gestalter*in der Gesellschaft wahrzunehmen. In Bereichen, in denen Jugendliche sich als selbstwirksam empfinden und die sie als ihr selbst geschaffenes Lebensumfeld verstehen, beobachten wir weniger Gewalt, weniger Vandalismus und besseren sozialen Zusammenhalt.

Doch wie können wir erlernter Hilflosigkeit vorbeugen, und wie stärken wir die Selbstwirksamkeit unserer Schülerschaft?

Versuchen Sie anhand des folgenden Beispiels zu reflektieren, wie Beteiligungsprozesse funktionieren können. Sie finden im Anschluss Lösungsvorschläge für die dargestellte Situation.

REFLEXIONSAUFGABE

Stellen Sie sich folgendes Szenario vor: Wir befinden uns an einer Schule, an der die Eltern mehr Schülerbeteiligung einfordern. Sie als Lehrkraft schlagen vor, dass die Schüler*innen eine Veranstaltung selbst gestalten sollen. Dazu treten Sie an die Schüler*innenvertretung heran. Die soll Ideen organisieren, zusammentragen und zur Abstimmung bringen. Die Kommunikation mit der Schülerschaft läuft stockend, aber ein paar Zettel mit Ideen kommen zusammen. Die werden in einer Box gesammelt, und die Schüler*innenvertretung stimmt darüber ab. Anschließend präsentieren sie das Ergebnis: Eine Party auf dem Schuldach ist der beliebteste Plan.



IM ZETTELKASTEN

werden alle Abstimmungszettel gesammelt und anschließend ausgezählt.

REFLEXIONSAUFGABE

Die Schulleitung akzeptiert diesen Wunsch. Die Vorbereitungen gehen aber nur schleppend voran. Dann schreibt Sie der Schulträger an und erklärt: Auf dem Dach darf aus versicherungstechnischen Gründen keine Veranstaltung stattfinden. Das erstickt den letzten Enthusiasmus im Keim. Das Datum der Feier nähert sich, doch weil nichts so richtig vorbereitet ist und es keine alternative Location gibt, findet die Veranstaltung nicht statt. Am Ende ist sogar die Schulleitung ratlos.



DIE ABSTIMMUNG

hat ergeben, dass sich die Schülerschaft eine Party auf dem Schuldach wünscht.

An verschiedenen Etappen dieses Szenarios ist einiges schiefgelaufen. Versuchen Sie, die Stellen zu identifizieren, die man von vornherein besser hätte planen können. Wie könnte man ein Beteiligungskonzept einführen, damit ein solcher Prozess mit so vielen verschiedenen Akteur*innen nicht in dieser Form scheitert? Welche Kriterien muss dieser Prozess erfüllen? Und wer sollte in welcher Form daran beteiligt sein?

LÖSUNGSVORSCHLÄGE

KRITERIEN FÜR DEN BETEILIGUNGSPROZESS

1. Beteiligungsprozesse müssen stetig sein.

Beteiligung muss zur alltäglichen Selbstverständlichkeit werden. Im Beispiel ist es eine einmalige Veranstaltung. Das ist nett als Erfahrung, aber verstetigt sich schlecht.



DIE SCHÜLER*INNEN

arbeiten zusammen an der Ausarbeitung eines Konzepts oder einer Idee.



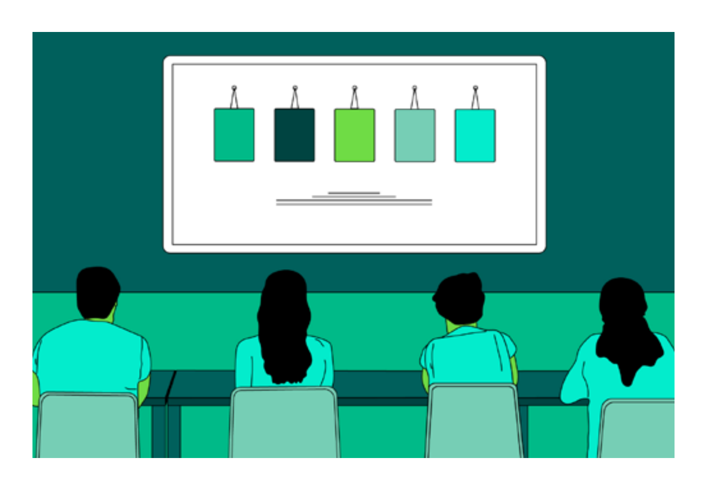
2. Beteiligung muss verbindlich sein.

Für alle Beteiligten muss von Anfang an klar sein, welche Konsequenzen ihre Entscheidungen haben. Pseudobeteiligung ist gefährlich, denn sie kann erlernte Hilflosigkeit verstärken.

Deshalb ist es ratsam, mit Verträgen zu arbeiten, die von Anfang an klare Grenzen, aber auch Möglichkeiten der Beteiligung aufzeigen.

3. Beteiligung beginnt bei der Ausarbeitung einer Frage oder eines Konzepts, sie muss also vollständig sein.

Schüler*innen vor eine Wahl zu stellen und sie aus zwei oder mehr Alternativen aussuchen zu lassen, greift zu kurz. Es verstärkt sogar das Konsumentenverhalten, wie im Supermarkt wird dann aus verschiedenen Alternativen gewählt. Demokratische Arbeit beginnt mit einer Idee, der Ausarbeitung einer Frage oder eines Konzepts. Dieses Konzept, diese Frage wird dann sukzessiv bearbeitet, beleuchtet, bis alle Beteiligten zu einer für alle Parteien guten Lösung kommen.



DIE SCHÜLER*INNEN

können unter fünf Alternativen auswählen.

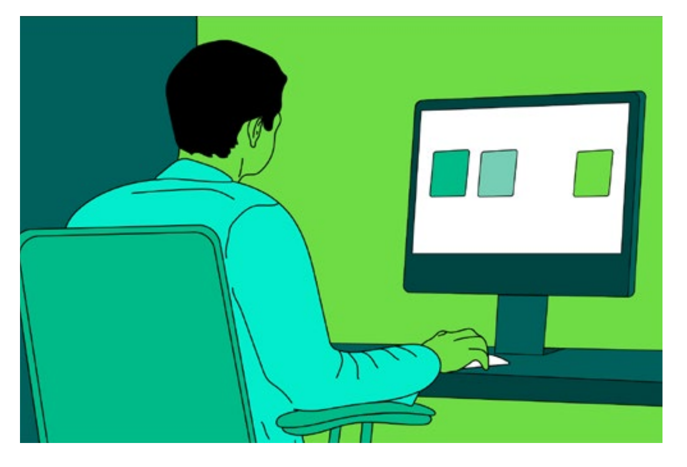
In unserem Beispiel konnten Schüler*innen zwar eigene Ideen einreichen, die wurden aber einzeln ausgearbeitet und dann in einem Kasten gesammelt, bis zur Abstimmung. Es sollte Ziel guter Beteiligung sein, gemeinsam an den Ideen zu arbeiten, zu vergleichen, Feedback zu geben, Kompromisse zu finden. Die Abstimmung selbst ist nur der Abschluss des Prozesses. Zur gemeinsamen Ausarbeitung eignen sich zum Beispiel die Vorstellung und Diskussion der Ideen in der Klasse oder kollaborativer Diskurs auf einer Onlineplattform.

4. Beteiligung muss niedrigschwellig sein.

Ein wichtiger Verbündeter bei der Umsetzung von Beteiligung ist die Schüler*innenvertretung. Diese sollte aber nach Möglichkeit alle Schüler*innen erreichen und einbeziehen. Hier spielt Schülervertretung eine wichtige Funktion als Multiplikator, sie sollte in ihrer gleichgestellten Rolle unbedingt mit einbezogen werden.

Am besten funktioniert Beteiligung, wenn sie an die Gewohnheiten der Jugendlichen angepasst wird. Hier sind digitale Hilfsmittel sehr hilfreich. Mithilfe dieser kann sich auch eine große Anzahl an Schüler*innen übersichtlich beteiligen. Sie eignen sich, um Ideen zu brainstormen, um zu kollaborieren, zu recherchieren und Abstimmungen durchzuführen. Der Einstieg in Beteiligung sollte fließend sein.

Beispiel: der eine Schüler, der immer in der letzten Reihe sitzt, mit verschränkten Armen, nicht teilnehmen will. Er hört nur passiv zu, wenn Ereignisse auf der digitalen Beteiligungsplattform besprochen werden. Irgendwann horcht er aber doch auf: Das Fußballtor soll abgebaut werden. Er ruft die Plattform auf und stimmt dagegen. Da er sich nun einmal eingeloggt hat, ist es für ihn leicht, einer anderen Idee ein »Like« zu geben. Und wenn er das gemacht hat, ist es leichter, einen Verbesserungsvorschlag zu schreiben. Und wenn er das mal gemacht hat, ist die Schwelle niedriger, selbst eine Idee einzustellen.



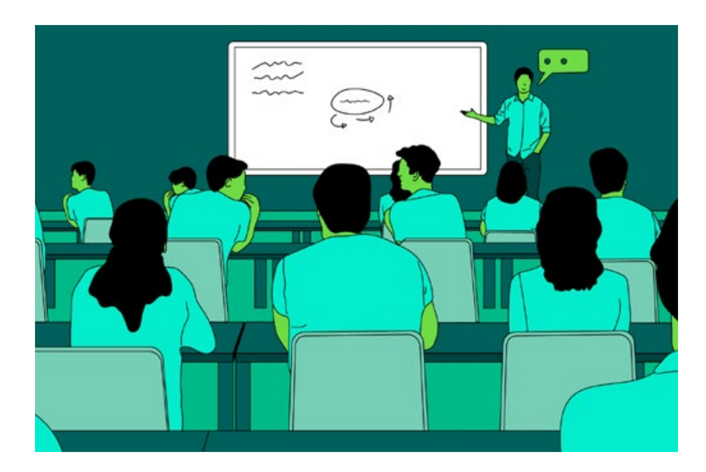
EIN SCHÜLER

loggt sich auf der schulischen Beteiligungsplattform ein, um seine Stimme abzugeben.

5. Beteiligung muss begleitet werden.

Demokratie ist Beziehungsarbeit! Darum braucht Beteiligung Personal. Dieses Personal müssen keine Lehrer*innen sein, es können auch Sozialpädagog*innen sein, Psycholog*innen oder auch Externe. Aber über Ideen muss gesprochen werden, Schüler*innen müssen angeregt werden. In der ersten Zeit müssen sie auch immer wieder ermuntert und erinnert werden. Die Selbstständigkeit stellt sich erst mit der Zeit ein.

Wichtig ist, dass auch die Lehrkräfte selbst an Beteiligung glauben. Sie sind die Vorbilder, und Jugendliche spüren sehr genau, was von ihnen erwartet wird und was nicht. Wenn eine Lehrkraft davon ausgeht, dass Schüler*innen zu unselbstständig sind, dann färbt das auf diese ab.



DEMOKRATIE IST BEZIEHUNGSARBEIT

Lehrkräfte, die an Beteiligung glauben und diese vorleben, erreichen Jugendliche besser.

Davon sind in besonderem Maße marginalisierte Jugendliche betroffen (also solche mit Migrationshintergrund, aus bildungsferneren Familien und solche mit Verhaltensauffälligkeiten).

Wir arbeiten mit dem Konzept des »radikalen Ernstnehmens«. Wenn Schüler*innen eine Idee einreichen, die für uns absurd wirkt, wie »wir feiern auf dem Schuldach«, dann tun wir sie nicht als Scherz ab, sondern begegnen ihr mit vollem Ernst und stellen lediglich Rückfragen wie »Wessen Erlaubnis wird dazu gebraucht?« oder »Wie wäre die Sicherheit gewährleistet?«. Damit stimmen wir die Schüler*innen auf die Rolle ein, die wir ihnen vermitteln wollen: die eines Gesprächspartners auf Augenhöhe.

Wie kann gelebte Demokratie an der Schule konkret aussehen?

Ein Beispiel für gelebte Demokratie an der Schule sind z. B. Schüler*innenhaushalte. Dabei stellt der Schulträger, der Elternverein oder eine andere Institution regelmäßig ein Budget zur Verfügung, das die Schüler*innen auf demokratische Weise verteilen und ausgeben dürfen. Da das Budget meist jährlich ausgeschüttet wird, ist dieses Prinzip der Beteiligung nicht stetig. Allerdings ist es sehr verbindlich, da Gelder verwaltet werden müssen, und wenn Gegenstände angeschafft werden, wie z. B. ein neuer Fahrradständer, dann wirkt das wie eine gelebte Erinnerung, die den Schüler*innen aufzeigt: Ich kann meine Umwelt aktiv beeinflussen.

Ein weiteres Konzept der Beteiligung ist die »Schule als Staat«, bei dem Schüler*innen an Projekttagen über das Jahr verteilt ein eigenes Staatssystem mit Verfassung, eigenem Geldsystem, Gesetzen und einem Parlament ins Leben rufen. Durch dieses Projekt haben die Schüler*innen direkt und aktiv Einblick in viele demokratische Prinzipien und erschaffen diese mit. Auch der Aufbau eines eigenen ökonomischen Systems ist überaus spannend für die Schülerschaft. Sie erlernt die Grundlagen einer Volkswirtschaft im Mikrokosmos ihrer Schule. Wenn man »Schule als Staat« richtig durchführt und begleitet, können Schüler*innen dabei eine ganze Menge über Gesetze des Marktes, Grenzen und Notwendigkeiten von Regulierung und die Komplexität von Gesetzgebung lernen. Es ist ein erprobtes Konzept, über das es online viele Erfahrungsberichte gibt.

Das letzte Beispiel für gelebte Demokratie an der Schule ist das Beteiligungssystem »aula«. Es kann an allen weiterführenden Schulen und Schulformen angewendet werden und erlaubt es den Schüler*innen, zu jeder Zeit eigene Ideen rund um das Thema Schule auf einer Onlineplattform zur Diskussion zu stellen. Über die eingestellten Ideen wird abgestimmt, und die Schüler*innen sind für die Umsetzung selbst verantwortlich. Die Abstimmungsergebnisse sind per geschlossenem Vertrag mit der Schulkonferenz verbindlich. Alle diskutierten und angenommenen Ideen können auch umgesetzt werden. Und didaktisches Begleitmaterial hilft beim Reflektieren: Was ist meine Idee? Was fehlt zu einem richtigen Projektplan? Wer profitiert davon? Wer könnte Nachteile haben? Was hat mich veranlasst, wie abzustimmen? Das Konzept läuft derzeit an etwa 18 Schulen bundesweit und wurde erfolgreich evaluiert. Oft haben Schulen sich dadurch sichtlich verändert.

Das sind drei Beispiele für gelebte Beteiligung an Schulen. Es gibt sicherlich noch viele andere Beispiele, die auch in der Praxis angewendet werden. Das Internet, pädagogische Konferenzen und Barcamps sind hervorragende Informationsquellen, um von mehr Konzepten direkt aus der Praxis zu erfahren.

Demokratiebildung ist kein Add-on. Sie ist ein wesentlicher Baustein einer Entwicklung zu einer aufgeklärten Bürger*in. Darum sollte man sich Zeit nehmen, um diese Lektion zu reflektieren. Wo machen Schüler*innen an meiner Schule Selbstwirksamkeitserfahrungen? Sind diese Gelegenheiten stetig? Werden sie von allen genutzt oder nur von den »üblichen Verdächtigen«? Welche Gestaltungsspielräume haben wir noch, die wir in Schülerhand legen können? Tauschen Sie sich mit Schulen in Deutschland aus, die Konzepte ausprobieren. Und trauen Sie sich, Experimente zu wagen. Je mehr Sie Ihren Schüler*innen zutrauen, desto positiver werden Sie überrascht.





ZEIT AKADEMIE: Frau Professorin Achour, Sie sind an der Freien Universität in Berlin tätig und Expertin für politische Bildung. Es gibt neuerdings vermehrt Stimmen, die sagen, dass dies ein sehr wichtiges Thema vor allem in Schulen ist. Warum?

Prof. Sabine Achour: Genau, das stimmt. Wir beobachten tatsächlich gerade ein Revival von politischer Bildung und Demokratiebildung. Das ist relativ neu. Wenn wir auf die letzten 20 Jahre schauen, mit PISA, lag der Fokus vor allem im Kontext von Schule immer auf Outcome, Verwertbarkeit, Messbarkeit von Leistungen. Ereignisse wie zunehmender Rechtsextremismus, zunehmende Menschenfeindlichkeit oder Diskursverschiebungen nach rechts, wie wir sie im Kontext von 2014/15 hatten, als viele Menschen nach Deutschland geflüchtet sind, machte deutlich, dass Schule mehr vermitteln muss. Es geht halt auch um Demokratiefähigkeit und wie wir gemeinsam zusammenleben möchten. Das führte dann dazu, dass politische Bildung und Demokratiebildung in der Schule wieder einen sehr viel höheren Stellenwert bekommen haben.

ZEIT AKADEMIE: Heißt das umgekehrt, dass wir das Thema vernachlässigt haben?

Prof. Sabine Achour: Wir haben tatsächlich das Themenfeld vernachlässigt. Ich würde das gar nicht nur auf die politische Bildung beziehen, sondern tatsächlich auf alle



gesellschaftswissenschaftlichen Fächer und was damit im Kontext von Schule zusammenhängt, auch historische Bildung und ethische Bildung. Das sind Beispiele für Themen, die im Rahmen von Stundenreduzierungen in Schulen rausgefallen sind, weil sie als weniger wichtig als andere Felder angesehen worden sind.

Aber Demokratien leben eben auch von den Politik-Kompetenzen, die man vermitteln muss. Und wir sehen, dass das vernachlässigt worden ist. Politik-Kompetenzen vermitteln ist zum Beispiel aus der Lehrkräftebildung verschwunden. Im Grunde genommen kann Schule natürlich nur so demokratisch sein, wie auch ihre Lehrkräfte demokratisch und politisch gebildet sind.

ZEIT AKADEMIE: Was wissen wir eigentlich über den Einfluss von politischer Bildung in Schulen? Kann sie auch etwas bewirken gegen Tendenzen wie Radikalisierung und soziale Spaltung?

Prof. Sabine Achour: Erst mal ist es wichtig, sich klarzumachen, was man unter politischer Bildung alles verstehen kann. Da gibt es natürlich auf der einen Seite das Fach der politischen Bildung, in dem es vor allem um Bildung über Demokratie geht.

Genauso muss man aber auch gucken: Was ist eigentlich Bildung durch Demokratie? Und nur beides zusammen ist Bildung für Demokratie. Tatsächlich konnten wir eine

Studie durchführen, die den Titel hatte »Wer hat, dem wird gegeben«. In dieser Studie haben wir uns angeschaut, wie das denn bundesweit so aussieht mit der politischen Bildung und der Demokratiebildung. Was wird in dem Fach vermittelt, und was findet gerade außerhalb des Faches statt? Z. B. Formate wie Exkursionen zu Gedenkstätten, das Einladen von politischen Akteuren, von NGOs, so etwas wie die Existenz der Schülerzeitung und so weiter.

Wir haben uns innerhalb eines Jahres viele Formate, insgesamt 13, angeguckt und konnten tatsächlich feststellen, dass die Schüler*innen, die gesagt haben: »Ja, ich habe da so fünfmal im Jahr an so etwas teilgenommen« oder »Das fand statt«, dass diese Schüler*innen signifikant demokratieaffinere Einstellungen hatten, auch weniger menschenfeindliche Einstellungen und dass sie sehr viel stärker politisch und gesellschaftlich partizipiert haben als die die Mitglieder der anderen Schüler*innen-Gruppe, die an weniger als drei Formaten teilgenommen hatten. Das fanden wir ziemlich eindeutig und interessant, dass das was mit den Schüler*innen macht, also ob sie Demokratie erleben, nicht nur im Fach, sondern tatsächlich in der Institution Schule. Und dass das auch auf politische Einstellungen zu wirken scheint.

ZEIT AKADEMIE: Sind alle Schulformen gleich stark, was die Erlebbarkeit von Demokratie und Partizipation angeht?

Prof. Sabine Achour: Tatsächlich konnten wir in der Schulstudie feststellen, dass das nicht der Fall ist. Die Gymnasien und die nicht gymnasialen Schulformen unterscheiden sich relativ eindeutig im Angebot und in der Qualität. An den Gymnasien gibt es mehr politische Bildung als Fach, aber auch mehr demokratiebildende Formate, also alles, was außerhalb des Fachs stattfindet.

Wenn wir dann aber einmal auf die Schüler*innenschaft schauen, unterscheidet die sich in Bezug auf ihren soziokulturellen Hintergrund. Schüler*innen, die nicht das Gymnasium besuchen, sind häufig benachteiligt. Die anderen sind privilegiert. In den Elternhäusern spielt Politik eine ganz andere Rolle, und die deutsche Schule schafft es in der Regel nicht, diese Ungleichheit an politischer Bildung und politischer Sozialisation auszugleichen.

ZEIT AKADEMIE: Wann beginnt denn politische Bildung?

Prof. Sabine Achour: Politische Bildung beginnt schon in der Kita. Immer dann, wenn es darum geht, Interessenkonflikte auszuhandeln. Natürlich haben schon kleine Kinder Interessen. Eigentlich beginnt das bereits mit der Geburt. In der Kita ist die Frage: Inwiefern können junge Kinder schon die Erfahrung machen, als Subjekt wahrgenommen zu werden? Werden sie anerkannt, werden sie wertgeschätzt? Haben sie das Gefühl, dass sie an Entscheidungsprozessen teilhaben können? Wir müssen uns ja, glaube ich, immer ein bisschen lösen von der Vorstellung, dass politische Bildung vor allem Staatsbürgerkunde ist oder das Vermitteln von Verfassungsrecht oder so. Politische Bildung ist ganz oft basale Beziehungsarbeit. Junge Kinder bekommen relativ früh ein Gefühl dafür, geschützt zu sein, zum Beispiel vor rassistischen, diskriminierenden Äußerungen oder Handlungen.

Dass da jemand ist, der diese Regeln, die wir brauchen, um in einer vielfältigen Gesellschaft zusammenzuleben, beachtet. Dass immer diejenigen geschützt werden, die diesen Schutz auch brauchen, und dass letzten Endes so was wie Kinderrechte wirklich umgesetzt werden. Kita ist der erste Ort, wo man diese Demokratie-Erfahrungen machen kann.

INTERVIEW MIT PROF. DR. SABINE ACHOUR

ZEIT AKADEMIE: Sie haben bereits eine Studie erwähnt. Ich möchte Sie gern auf eine weitere Studie ansprechen. Sie haben mitgewirkt bei einer Studie mit dem Namen »Die geforderte Mitte«. Können Sie uns sagen, was diese Mitte ist oder wäre und warum sie gefordert ist?

Prof. Sabine Achour: Für uns Forschende ist die Mitte diejenigen Personen, die sich für Demokratie einsetzen, die sich gegen Menschenfeindlichkeit einsetzen. Und wir hoffen natürlich immer, dass es ein besonders großer Anteil der Gesellschaft ist, weil das genau diejenigen sind, die wir brauchen, wenn es darum geht, gegen rechtsextreme Einstellungsmuster, gegen menschenfeindliche Einstellungsmuster aktiv zu werden, sich dagegen zu positionieren.

ZEIT AKADEMIE: Und warum ist diese Mitte gefordert?

Prof. Sabine Achour: Was diese Mitte-Studien deutlich machen, ist, dass Demokratie immer etwas ist, was auch in Gefahr ist.

Es gibt generell einen Anteil von rassistischen Einstellungen, antimuslimischen Einstellungen, rechtsextremen Einstellungen, antidemokratischen Einstellungen. Das ändert sich immer so ein bisschen, also wer wem wie zustimmt. Und tatsächlich spielen da natürlich auch stets gesellschaftliche Ereignisse eine Rolle. Ich hatte vorhin ja schon den Flucht-Kontext erwähnt. Zurzeit ist es insbesondere die Covid-19-Pandemie, hier sehen wir ziemlich eindeutig, dass zum Beispiel Verschwörungsglauben zunimmt. Der ist häufig verbunden mit Antisemitismus.

All das sind Phänomene, die wir uns im Zwei-Jahres-Abstand angucken. Wie verändert sich das? Anders als in den letzten Jahren sehen wir eine starke Verhärtung nach rechts. Nach 2014/15 war das so, dass man gesagt hat: Es gibt Rechtsextremismus und Rechtspopulismus. Mittlerweile



verschwimmt das tatsächlich sehr stark. Wenn wir uns die Mitte angucken, dann sehen wir, dass da ein nicht unerheblicher Teil der Befragten zum Beispiel bestimmte antidemokratische Einstellungen nicht mehr eindeutig ablehnt, sondern man ist so teils, teils, man ist ambivalent. Da kann man sich natürlich fragen: Kann man teils, teils rechts sein oder teils, teils rassistisch? Das geht nicht. Wir ahnen schon, dass viele dieser Menschen eigentlich eher ein bisschen diesen antidemokratischen Einstellungen zustimmen.

Deswegen ist Mitte gefordert, diese müssen wir stärken, ihr Engagement schützen. Denn die Mitte wird selbst stark von rechten Gruppen angegriffen in ihrer Demokratie-Arbeit vor Ort.

INTERVIEW MIT PROF. DR. SABINE ACHOUR

ZEIT AKADEMIE: Wenn Sie sagen, die Anzahl der Personen, die ambivalent ist gegenüber demokratischen Werten und im Grunde genommen teils, teils antidemokratisch, rassistisch, wie auch immer ist, hat zugenommen: Ist das ein Alarmsignal? Müssen wir uns Sorgen machen?

Prof. Sabine Achour: Ich würde eher sagen, es ist ein Zeichen dafür, dass wir mit Demokratie-Arbeit auf jeden Fall weitermachen müssen. Letztendlich sind es die Menschen, die wir eigentlich mitnehmen möchten. Wir haben immer Einstellungsmuster, die herausforderungsvoll sind und die einfach zeigen, dass Demokratie eben nichts ist, womit man sich ausruhen kann, sondern dass wir eigentlich immer gefordert sind, uns für Demokratie zu engagieren und einzusetzen.

ZEIT AKADEMIE: Wenn Demokratie ein ganz wichtiger Grundwert ist, etwas, was wir hegen und pflegen sollten, können, müssen, wollen als Gesellschaft: Was müssen wir jetzt konkret anders machen? Wenn es darum geht, das auch in den Schulen stärker zu vermitteln und erlebbar zu machen.

Prof. Sabine Achour: Was wir insgesamt brauchen, sind tatsächlich Räume für Demokratie, die selbst auch demokratisch gestaltet sind. Wenn wir uns den Schulalltag allein anschauen – mit 45-Minuten-Stunden, kurzen Pausen –, sieht man schon relativ schnell, wie wenig Zeit eigentlich sowohl für Lehrende als auch für Lernende für diese demokratische Beziehungsarbeit oder Demokratie-Projekte existiert.

Lehrkräfte sollten entlastet werden von Dingen wie Kopiertätigkeiten, administrativen Tätigkeiten, das sind Möglichkeiten, um Zeit und Freiräume für sie zu schaffen. Wenn wir einmal gesamtgesellschaftlich gucken, heißt das natürlich auch gerade mit Blick auf Eltern, dass es absolut wichtig ist, dass auch Eltern Demokratie-Erfahrung machen, in der Arbeitswelt zum Beispiel; wie sie Elternarbeit an Schule erleben, in Verbänden, in Vereinen, oder wie zum Beispiel Behörden reagieren, wenn man mit denen in Kontakt tritt.

Da ist sehr, sehr viel Luft nach oben, wenn es um Demokratisierungsprozesse geht. Natürlich auch, wenn wir außerhalb von Schule gucken, in außerschulische Bildungsangebote, wo wir eindeutig wissen, dass da ganz, ganz viel gekürzt und gespart worden ist in den letzten 20, 30 Jahren. Ein Blick auf die neuen Bundesländer zeigt sehr eindeutig, dass dieser vorpolitische Raum insbesondere von rechten Gruppierungen besetzt worden ist, um diese Angebote zu machen, also von Jugendarbeit, zum Beispiel Nachhilfe, Familienfeste und so weiter.

Das heißt also, es passiert viel. Wir haben über das Revival von politischer Bildung gesprochen. Das ist aber ganz häufig in Projekten angelegt und nicht in Regelstrukturen. Diese Projekte haben einen ganz eindeutigen Blick auf Antiradikalisierung, das ist sicherheitspolitisch. Demokratie ist kein sicherheitspolitisches Projekt, sondern wir brauchen wirklich diese Regelstrukturen, um Demokratie, Mündigkeit, Emanzipation von allen und gerade von den jungen Menschen zu fördern.

ZEIT AKADEMIE:
Herzlichen Dank!

Das Interview führte Ximena Rodríguez

AUSGEWÄHLTE LINKS ZUM THEMA

Weiterführende Literatur:
»Erlernte Hilflosigkeit«

Prävention von Verschwörungsdenken durch Selbstwirksamkeit:
www.amadeu-antonio-stiftung.de

Reduktion von Gewalt durch Selbstwirksamkeit und Mitbestimmung an Schulen:
www.researchgate.net

Schülerhaushalte:
www.schuelerhaushalt.de

»Schule als Staat«:
www.schule-bw.de

aula:
www.aula.de

Studie »Die geforderte Mitte«:
www.fes.de

Studie »Wer hat, dem wird gegeben«:
library.fes.de

ZEIT-Artikel: Wie retten wir das Internet und machen jungen Menschen wieder Lust auf die Demokratie?
www.zeit.de/2021/30/digitalisierung-schule-demokratie-mitbestimmung-plattform

IHRE DOZENTINNEN





Marina Weisband

ist Diplom-Psychologin und Beteiligungspädagogin. Sie leitet das aula-Projekt zur Schülerpartizipation und spricht bei Veranstaltungen und in öffentlichen Medien über ihre Arbeit und Themen wie politische Partizipation, Privacy, digitale Gesellschaft, Medien und Krisen.

Marina Wesiband ist Expertin für digitale Partizipation und Bildung. Von 2011 bis 2012 war sie politische Geschäftsführerin der Piratenpartei Deutschland, wo sie für die Meinungsbildung innerhalb der Partei und für die Repräsentation nach außen zuständig war.

In ihrem Buch »Wir nennen es Politik« (2013 erschienen im Tropen-Verlag) schildert sie für Politik-Neueinsteiger die Möglichkeiten neuer demokratischer Formen durch Nutzung des Internets.

Prof. Dr. Sabine Achour

ist seit Oktober 2018 Professorin für Politikdidaktik und Politische Bildung am Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft an der Freien Universität Berlin.

Im Rahmen ihrer Forschung beschäftigt sich Sabine Achour mit Herausforderungen für die politische Bildung in einer immer diverser werdenden Gesellschaft. Im Zentrum steht der Umgang in einer pluralistischen Demokratie mit zunehmender Vielfalt, Flucht und Migration, Inklusion, durchgängiger Sprachbildung und religiöser Pluralität. Das geht einher mit der Frage, wie politische Bildung Lernende sowie Lehrende darauf vorbereiten kann.

IMPRESSUM

Buch zum Video-Seminar der ZEIT Akademie Corporate

AUTORIN: Marina Weisband
LEITUNG PROGRAMM & PRODUKTION: Stephanie Wilde
KONZEPT & UMSETZUNG: Ximena Rodríguez
REDAKTION: Ximena Rodríguez, Paskalia Nelles
GRAFISCHE UMSETZUNG: Martin Schoberer
FOTOGRAFIEN: Felix Amsel
ILLUSTRATIONEN: Sebastián Cestaro
KORREKTORAT: Uta Kleimann

www.zeitakademie.de